



Parteitag SP Kanton Aargau
22.6.2019

Traktandum 4: Resolution des Fachausschusses Energie&Klima zum Klimanotstand

Klimaresolution: Die SP des Kanton Aargaus fordert mit den Klimastreikenden die Erreichung der Klimaziele - mit konkreten Schritten, Jahr für Jahr - bis 2050 und nicht erst bis 2130 – auch vom Kanton Aargau

Der Klimanotstand ist offenkundig. Die Klimaerwärmung ist da. Griffige Massnahmen dagegen fehlen aber bis heute, 22 Jahre nach dem ersten verbindlichen Klimavertrag, den die Schweiz unterzeichnet hat. Wenn wir so weitermachen, werden wir die Klimaziele frühestens in 100 Jahren erreichen – wenn überhaupt. Darunter leiden werden zuerst die Schwächsten, bei uns im Aargau, in der Schweiz und weltweit – jene, die am Wenigsten zur Klimaerwärmung beigetragen haben.

Die Dekarbonisierung ist bis 2050 technisch gut machbar – die Schlüsseltechnologien sind entwickelt. Und im Vergleich zur Bankenrettung ist die Finanzierung der Energiewende ein Klacks – in der Schweiz und weltweit, denn Sonne und Wind sind heute die kostengünstigsten Energiequellen.

Mit den 11 Milliarden, die wir heute in der Schweiz jährlich für Öl und Gas ausgeben, lassen sich die nachhaltigen Energietechnologien gewinnbringend aufbauen und betreiben. Das schafft gute Arbeitsplätze in der lokalen Wirtschaft und hilft so dem sozialen Ausgleich und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gute Klimapolitik ist aber auch Entwicklungspolitik, Friedens- und Sicherheitspolitik und hilft, Flüchtlingsströme zu verhindern und zu reduzieren.

Der zeitgerechte Umbau der Energiewirtschaft bis 2050 erfordert jetzt ein konzentriertes Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft Gesellschaft und jedem Einzelnen. Die kapitalistische Marktwirtschaft wird das alleine nie schaffen.

Ein klarer Plan muss her – für die Schweiz und für den Aargau: Regierung und Parlament müssen eine konsequente Klima- und Energiepolitik schaffen, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Das vorgeschlagene neue Energiegesetz wird das nie schaffen, es ist die Zementierung des bisherigen Schneckentempos. Das darf nicht sein.

Die SP Aargau fordert deshalb:

1. Die Schweiz muss ihre internationalen Klimaverträge einhalten

Die Signale sind deutlich: Der CO₂-Gehalt steigt weiter an (die Hälfte des Zuwachses wurde in den letzten 30 Jahren emittiert), die Gletscher schmelzen schneller als prognostiziert, die Niederschläge bleiben auch bei uns aus, die Hurrikane nehmen zu, die Temperaturen steigen weiter.

47 Jahre nach der Publikation des Buchs "Grenzen des Wachstums", 40 Jahre nach der ersten internationalen Klimakonferenz in Genf und 22 Jahre nach dem ersten international verbindlichen Klimavertrag (Kyoto-Protokoll 1997) machen uns die unerwarteten Klimastreiks von zehntausende streikende Schüler*innen klar: Wir haben in den letzten 20 Jahren klimapolitisch geschlafen. Wir liegen bereits heute deutlich hinter den Zielen zurück, zu denen sich die Schweiz im Jahr 2015 im Pariser Klimavertrag verpflichtet hat – und nichts deutet darauf hin, dass es besser wird: Die Politik hat bis heute versagt. Das können wir Sozialdemokrat*innen nicht schweigend hinnehmen.



2. Die Schweiz muss den nachhaltigen Energien mit wirkungsvollen Massnahmen jetzt zum Durchbruch verhelfen – der Markt alleine schafft das nie.

Seit 30 Jahren haben wir Sozialdemokrat*innen zusammen mit den Grünen immer wieder versucht, eine kohärente, nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik aufzubauen. Den Atomausstieg und die neue, sehr moderate Energiestrategie 2050 haben wir in Volksabstimmungen beschlossen. Die Schlüsseltechnologien für die Dekarbonisierung sind mittlerweile entwickelt und erprobt: Es stehen bezahlbare Technologien bereit für die Gebäudekonstruktion (Wärmedämmung), die Wärmeerzeugung (Wärmepumpen), die industriellen Prozesse, die Mobilität (Elektroauto, Brennstoffzellen), die Stromerzeugung (Photovoltaik, Wind, etc.) und die Speichertechnologien (z.B. Batterien, Power-to-Gas).

Aber wirkungsvolle Massnahmen, die diesen Technologien zum schnellen Durchbruch verhelfen könnten – z.B. Lenkungsabgaben auf Energie und Umweltbelastungen oder kostendeckende Strom-Einspeisevergütungen –, wurden von den bürgerlichen Mehrheiten fast immer abgelehnt oder wieder gestrichen. Kürzlich wurde das CO₂-Gesetz von SVP und FDP zur Wirkungslosigkeit verstümmelt, und von denselben Parteien wird die Umsetzung der Energiestrategie in den Kantonen mit allen Mitteln verhindert oder verwässert. Das können wir nicht akzeptieren.

3. Bis 2050 eine CO₂-freie Energiewirtschaft und ein Leben mit maximal 2 Tonnen CO₂ pro Person – dazu braucht es jetzt konkrete Schritte – Jahr für Jahr!

Wir sind es unserer Jugend, unserer Zukunft und unserer Umwelt schuldig, dass wir die Klimaziele rechtzeitig erreichen – mit konkreten Schritten und klaren Fortschritten, Jahr für Jahr. Bis 2050 können wir eine CO₂-freie Energieproduktion in der Schweiz sicherstellen – und damit eine Wirtschaft und eine Gesellschaft, die mit insgesamt 2 Tonnent CO₂ pro Person nachhaltig, demokratisch, sozial gerecht und in Wohlstand leben kann.

Die gute Nachricht ist: Die Dekarbonisierung ist dank der vorhandenen Schlüsseltechnologien machbar und auch finanzierbar. Photovoltaik und Wind sind die kostengünstigsten Energiequellen. Mit den 11 Milliarden, die die Schweiz heute jährlich für den Import von Öl und Gas ausgibt, können wir die neuen Energietechniken (Photovoltaik, Wärmepumpen, Wind, Geothermie, Speichertechnologien) sehr gut finanzieren – und damit all unsere Energiebedürfnisse befriedigen.

Die schlechte Nachricht ist: Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir die Klimaziele erst in 100 statt in 30 Jahren erreichen – wenn überhaupt. Das können wir Sozialdemokrat*innen nicht akzeptieren.

Denn der fortschreitende Klimawandel trifft zuerst die Schwächsten und jene Regionen, die am wenigsten dazu beigetragen haben – vor allem im Süden und in den wenig entwickelten Ländern. Der fortschreitende Klimawandel wird auch weitere Krisen, Kriege und Flüchtlingsströme auslösen. Je länger wir mit der Dekarbonisierung warten, umso teurer werden der Umstieg und die Behebung der massiv wachsenden Klimaschäden – bei uns, aber vor allem auch im Süden.

4. Der Umbau der Energiewirtschaft ist die grosse neue Herausforderung der Schweiz – die CO₂-freie Energiewirtschaft muss öffentliche Aufgabe, Teil des Service Public sein.

Die Dekarbonisierung der Energiewirtschaft ist eine grosse gesellschaftliche Herausforderung, die bewusst geplant und gestaltet werden muss. Sie kann nicht einfach den undurchsichtigen Kräften des "freien Marktes" überlassen werden, denn für diese stellt sich der Return on Investment, die Rendite, viel zu langsam ein – erst nach etwa 20 Jahren.



Den Umbau der Energiewirtschaft müssen wir als gesellschaftliche Aufgabe betrachten: Wir errichten schnell, gemeinsam und koordiniert die nachhaltige Energieinfrastruktur – Wirtschaft, öffentliche Hand und Zivilgesellschaft und jeder Einwohnerin und jedem Einwohner vereint. Nur so können wir sicherstellen, dass die neuen, nachhaltigen Energiequellen schnell genug realisiert und auch fair finanziert werden. Denn die Finanzierung der Dekarbonisierung darf nicht auf dem Rücken der kleinen Leute geschehen.

So wie es nach dem 2. Weltkrieg in Europa eines Marshallplans bedurfte, um die Wirtschaften und die Demokratien in Westeuropa wiederaufzubauen, so wie die USA 1930 mit dem New Deal aus der tiefen Wirtschaftskrise herausfanden, braucht es jetzt eine gemeinsame Anstrengung, um die neuen Ziele zu erreichen. Wir brauchen einen New Green Deal für die Schweiz.

5. Lenkungsabgaben und weitere Massnahmen müssen die Wirtschaftlichkeit der nachhaltigen Energien sichern – und die staatlich kontrollierten Energieunternehmen müssen davon genügend anbieten.

Für den massiven Ausbau der Photovoltaik und den schnellen, konsequenten Ersatz der Öl- und Gasheizungen durch Wärmepumpen und Biobrennstoffe – die wichtigsten kurzfristig wirksamen Massnahmen – bedarf es öffentlicher Förderungs- und Finanzierungsinstrumente: Lenkungsabgaben, Einspeisevergütungen, Investitionsbeihilfen, Vorzugskredite, Bürgschaften etc. Zudem braucht es koordinierte Projekte der Privaten, der Wirtschaft und der Öffentlichkeit – für die schnelle Implementierung, aber auch für weitere Forschung und Innovationen. Es kann nicht sein, dass die staatlich kontrollierten Energieunternehmen weiterhin Atomstrom produzieren, aber der Solarstrom nur dann zulegt, wenn die privaten Hausbesitzenden die Photovoltaik und die Wärmepumpe selber finanzieren und die Kosten einfach auf die Mieter*innen überwälzen.

6. Der Aargau braucht eine wirkungsvolle Klimapolitik, die Wirtschaft und Gesellschaft stärkt und die CO₂-Ziele konsequent und Schritt für Schritt bis 2050 erreicht.

Auch im Kanton Aargau wollen wir unsere CO₂-Ziele rechtzeitig erreichen. Es ist höchste Zeit, es geht um unser Klima, unsere Welt, unsere Zukunft. Diese wollen wir hier und jetzt gemeinsam gestalten – wir wollen sicherstellen, dass auch die Wirtschaft und die Menschen im Kanton Aargau sich aktiv daran beteiligen.

Die Menschen aus allen sozialen Schichten, im Aargau wie in allen Regionen der Erde, sollen auch in Zukunft ein lebenswertes Klima geniessen können. Unsere Klimapolitik muss dazu beitragen, dass alle Menschen an den Ressourcen der Erde fair und nachhaltig teilhaben können. Deshalb ist Klimapolitik auch Teil der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Friedens- und Sicherheitspolitik, der Flüchtlings(verhinderungs)politik und der präventiven, regionalen und globalen Armutsbekämpfung.

Dafür benötigen wir auch im Aargau einen klaren Plan. Der aktuelle Vorschlag des Regierungsrats zum neuen Energiegesetz genügt überhaupt nicht – er bedeutet die Zementierung des bisherigen Schnecken tempos. Das können wir nicht akzeptieren.

Regierung und Parlament des Kantons Aargau müssen jetzt eine zukunftsgerichtete, kohärente und wirkungsvolle Klima- und Energiepolitik schaffen, um die CO₂-Ziele zu erreichen. Dabei müssen sie regelmässig über die Fortschritte Rechenschaft ablegen. Nur so können wir unser Klima retten – und zugleich die lokale Wirtschaft stärken, gute Arbeitsplätze schaffen sowie den sozialen Ausgleich und den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern.